

N i e d e r s c h r i f t

über die 61. (892.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Donnerstag, den 26. Januar 2021, 17.30 Uhr, im Haus der Insel, großer Saal

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Sascha Bents
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Olaf Sommer
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitböcker
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Der Verwaltungsausschuss hat den Punkt

**Zu Punkt 9: Übersicht über Beraterausgaben im Zuge der Entwicklung des Kurviertels 2010 bis 2020
(s. Vorlage Nr. VO21-025)**

von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Tagesordnungspunkt muss demzufolge auch von der Tagesordnung der Ratssitzung abgesetzt werden.

Stv. Bürgermeister Janssen weist darauf hin, dass zu dem Punkt keine Vorlage vorliege und der Punkt daher abgesetzt wurde.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass es nicht um eine Beratung gehe, sondern eine Summe zur Kenntnis gegeben werde. Sie wird unter Punkt 11 zu den Ausgaben berichten.

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung den Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 9: Übersicht über Beraterausgaben im Zuge der Entwicklung des Kurviertels 2010 bis 2020
(s. Vorlage Nr. VO21-025)**

von der Tagesordnung abzusetzen.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 59. (890.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.01.2020

Die Niederschrift über die 59. (890.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.01.2020 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 59. (890.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.01.2020 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 60. (891.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.01.2021

Die Niederschrift über die 60. (891.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.01.2021 wurde allen Ratsmitgliedern zugeleitet.

Die Niederschrift über die 60. (891.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 14.01.2021 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 6: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Keine.

Zu Punkt 7: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Vanessa Schmidt

Frau Schmidt fragt, ob zur Vorlage VO21-011b der Verwaltung die Variante des Rates vorliegt.

Bürgermeisterin Horn verneint die Frage.

Stv. Bürgermeister Janssen teilt mit, dass es zur Variante des Rates eine bessere Ausarbeitung gebe und diese veröffentlicht werden soll.

Christopher Zörner

Herr Zörner schließt sich der Frage von Frau Schmidt an. Ferner fragt er, ob im Konzept des Rates Änderungen gegenüber der Präsentation am 29.10.2020 vorgenommen wurden. Weiter möchte Herr Zörner wissen, ob und welche Gründe es gebe, dass die Mehrheitsgruppe die Aussagen der Kommunalaufsicht außer Acht lasse. Herr Zörner fasst zusammen, dass am 08.01.2021 der Antrag der Mehrheitsgruppe gestellt und am 14.01.2021 behandelt wurde.

Er stellt die Frage, ob es zwischen den Jahren ein persönliches Treffen zwischen dem Stv. Bürgermeister Janssen, Herrn Rechtsanwalt Dr. Sven Otto und Herrn Gert Kämper jun. gegeben habe.

Stv. Bürgermeister Janssen verneint die letzte Frage. Zur ersten Frage teilt er mit, dass die Variante der Mehrheitsgruppe leicht verändert wurde. Im Bezug auf die Kommunalaufsicht erklärt er, dass man die Aussage nicht grundsätzlich anzweifeln, aber die Kommunalaufsicht nicht immer Recht habe. Die Mehrheitsgruppe wolle dies überprüfen lassen.

Bärbel Kraus

Frau Kraus verweist auf den Ratsbeschluss zur betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Überprüfung der Varianten und fragt, ob man sich auf Themenkomplexe festgelegt habe um gleichlautende Fragen an die Experten stellen zu können. Sie verweist auf den hohen Stundenlohn für qualifizierte Gutachter und die Dauer der Prüfung aller Varianten. Sie gehe damit von Kosten bis zu € 150.000,00 für die Prüfung aus und fragt, wie diese einkalkuliert seien. Sie fragt, was sich die Mehrheitsgruppe mit der Beauftragung der Verwaltung gedacht habe, ohne zu wissen welche Kosten für die Gemeinde entstehen.

Ratsherr Uecker antwortet, dass sich die Fragen unter dem Tagesordnungspunkt 10 klären werden.

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt stellt die Frage, ob mit dem Ratsbeschluss vom 14.01.2021 die Rechtsanwaltskanzlei beauftragt wurde.

Ratsherr Uecker verneint die Frage.

Bernhard Mennen

Herr Mennen verweist auf den Anbau KWC an das Schwimmbad. Ursprünglich sei ein einstöckiger Anbau mit Kosten von 2 Mio. Euro geplant gewesen um die Kosten für das alte KWC zu minimieren. Das geplante Objekt und die Kosten seien jetzt doppelt so hoch. Er möchte wissen, wie viel Kosteneinsparung das Ursprungsmodell erbracht hätte und ob der jetzige Anbau überhaupt noch Betriebskosten minimieren könne.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass entsprechend der Verringerung der Flächen Einsparungen von z. B. 50 % Energiekosten vorgesehen gewesen seien. Bei weiteren Kosten von 2 Mio. Euro würde es jetzt deutlich länger dauern bis die Einsparungen Plus/Minus Null seien.

Stv. Bürgermeister Janssen wendet ein, dass der Bau, so wie er dort jetzt stehe, nicht vom Rat beschlossen wurde.

Ratsherr Streitbürger unterstreicht die Aussage und fügt hinzu, dass der Rat von der Verwaltung „hinters Licht“ geführt worden sei.

Bürgermeisterin Horn stellt richtig, dass seinerzeit die Auftragsvergabe an 18frames am Rat vorbei stattgefunden, der Rat den Anbau KWC aber beschlossen habe. Es sei seinerzeit ein Hinweis eines Ratsmitgliedes protokolliert, dass die Vorlage mit der Planung nicht übereinstimme (BetrA 24.07.2017). Trotzdem habe der Rat den Beschluss gefasst

Ratsherr Streitbürger verweist auf seinen protokollierten Hinweis der Aufstockung.

Ratsherr Uecker erklärt, dass die Verwaltung auf Nachfrage immer wieder die Fertigstellung im vorgestellten Kostenrahmen versichert habe.

Allgemeiner Vertreter Heimes legt dar, dass in dem genannten Betriebsausschuss eine zwei-stöckige Zeichnung vorgestellt und vom Rat auch so beschlossen wurde. Die in der Präsentation vorgestellte Zeichnung passte allerdings nicht zu den Kosten. Nachfragen hierzu seien aus den Reihen der Ratsmitglieder nicht erfolgt.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass der Anbau entgegen der ersten Planung etwas zurück und dafür in die Höhe erfolgen sollte. Die Kosten sollten sich nicht verändern. Der Anbau an das Bad sei richtig. Was daraus gemacht wurde, sei am Rat vorbei gegangen.

Laut Ratsherrn Streitböhrer sei über dem Technikraum ein ganzer Trakt hinzugekommen.

Bärbel Kraus

Frau Kraus verweist auf eine Betriebsausschusssitzung im April 2018. Auf Nachfrage aus dem Rat habe der damalige Stv. Tourismusmanager eine tägliche Fortschreibung der Kosten versichert und dem Rat die Vorlage zugesagt. Die Frage sei, wo die Sorgfaltspflicht liege. Der Rat habe ohne Vorlage der Zahlen den Beschluss gefasst.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass auf beiden Seiten eine Hohl- und Bringschuld bestehe.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt zur Aussage von Ratsherrn Streitböhrer richtig, dass in den vorgestellten Zeichnungen auch der Bereich am Technikraum enthalten gewesen sei.

Ratsherr Sommer unterstreicht, dass nach Aufhebung des Interessenbekundungsverfahrens die Verwaltung die Finanzierung des Anbaus auch ohne den Verkauf bestätigt habe.

Bernhard Mennen

Herr Mennen weist auf die seit Jahren bestehenden Defizite beim Tourismus-Service hin. Er stelle sich die Frage, wenn man schon die Baumaßnahme am Bad nicht hinbekomme, wie die Umsetzung für das Kurviertel erfolgen solle.

Ratsherr Streitböhrer verweist auf das Konzept des Rates. Die Baufläche für das HDI würde in der Grundfläche nicht überschritten. Das letzte Interessenbekundungsverfahren sei aufgrund der Dimension und Ängste der Bürger abgebrochen worden.

Kämmerin Baller stellt richtig, dass die Gemeinde seit 2012 die Defizite erheblich abgebaut habe. Es gehe jetzt darum die Infrastruktur zukunftsfähig aufzustellen.

Bürgermeisterin Horn erläutert, dass die Aussage, die Bevölkerung habe entschieden, statistisch nicht korrekt sei. Nach ihren Kenntnissen hätten sich bei einer „Abstimmung“ 50 Bürger gegen einen Verkauf und 48 Bürger dafür ausgesprochen. Es sei wichtig eine qualifizierte statistisch auswertbare Meinungshoheit zu erfragen, ähnlich wie ein Wahlverfahren.

Ratsherr Streitböhrer erklärt, dass der Rat um die Situation und die Notwendigkeit von Verkäufen wisse. Bürgermeisterin Horn hätte das Rathaus in die Planungen eingebracht, daher seien Diskussionen entstanden.

Bürgermeisterin Horn gibt zu Protokoll, dass der Rat es abgelehnt hätte, sich mit dem Rathaus zu beschäftigen. Eine Variante war zu überlegen im Rathauspark ein Bürgerhaus zu errichten und dort einige Büroräume einzurichten. Es gehe nicht um ein neues Rathaus. Trotzdem müsse im Rathaus die Barrierefreiheit und der Brandschutz beachtet werden.

**Zu Punkt 8: Verwendung von Steuereinnahmen
(s. Vorlage Nr. VO21-024)**

Kämmerin Baller erläutert anhand einer Präsentation die Zusammensetzung der freiwilligen Ausgaben der Gemeinde und die Verwendung von Steuereinnahmen. Im Falle einer Zwangsverwaltung würden als erstes die freiwilligen Leistungen begrenzt.

Ratsherr Kuper fragt, ob der aufgeführte Anteil für die Kindertagesstätte der Betrag nach Abzug aller Zahlungen sei.

Kämmerin Baller bejaht die Frage. Es sei der Anteil der bei der Gemeinde verbleibe.

Bürgermeisterin Horn erläutert, dass die originäre Aufgabe für die Kindertagesstätte beim Landkreis liege. Es gäbe Kommunen, die aus diesem Grund planen, keine Gelder mehr für Kitas einzustellen.

Der Rat nimmt die Vorlage „Verwendung der Steuereinnahmen“ zur Kenntnis.

**Zu Punkt 9: Übersicht über Beraterausgaben im Zuge der Entwicklung des Kurviertels
2010 bis 2020
(s. Vorlage Nr. VO21-025)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 10: Alternativvorschlag Sanierung KWC und HDI
(s. Vorlage Nr. VO21-011, VO20-011a Ergänzungsvorlage
Vorlage Nr. VO21-011b Ergänzungsvorlage)**

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass für das Publikum noch einmal alle Varianten vorbereitet wurden und vorgestellt werden könnten.

Ratsherr Uecker verweist auf die Fragen von Frau Kraus. Am 14.01.2021 habe die Mehrheit des Rates einen Antrag für einen Berater, vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung des Vergaberechtes, beschlossen. Der Rat wolle die Schritte in richtiger Reihenfolge gehen. Die Varianten zu bestimmen sei für ihn der zweite Schritt. Die Mehrheit des Rates wolle sicherstellen, dass der Gemeinde keine Einnahmen entgingen. Dies sei rechtlich umfassend zu klären. Er verliest folgenden Text:

- Der Rat möchte sicherstellen, dass der Inselgemeinde Langeoog keine möglichen Einnahmen und Einflussmöglichkeiten bei der Entwicklung/Veräußerung entgehen. Insofern ist der Handlungsrahmen für die Entwicklung/Veräußerung in rechtlicher Hinsicht umfassend zu klären.
- Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen könnten, die es der Inselgemeinde in der einen oder anderen Form ermöglichen, die Objektentwicklung und den Verkauf vorzunehmen.

- Ob dieser Handlungsrahmen der Inselgemeinde im Rahmen einer eigenwirtschaftlichen Betätigung, einer kommunalen Projekt-/Wohnungsbaugesellschaft oder einer anderen Form möglich ist, soll Gegenstand der rechtlichen Beratung sein.
- Ziel der Beratung ist also das Abstecken des Handlungsrahmens für alle weiteren Handlungen zur Entwicklung des Kurviertels.
- Auch der Landkreis Wittmund hat in seinem Vermerk v. 12. Januar 2021 anerkannt, dass eine rechtliche Bewertung für die *Vorbereitung* der Beschlüsse notwendig sein kann.
- Bevor also eine Entscheidung für eine konkrete Variante getroffen werden kann, ist zu klären, wie genau der Handlungsrahmen für die Inselgemeinde aussieht. Erst im zweiten Schritt kann dann in Kenntnis des genauen Handlungsrahmens die Entscheidung für eine Variante getroffen werden.
- Der Rat hat in seinem Beschluss vom 14. Januar 2021 bereits in Betracht gezogen, dass ein Vergabeverfahren notwendig werden könnte ("...vorbehaltlich, dass eine Ausschreibung erfolgen müsse").
- Das vom Rat bereits in Betracht gezogene Vergabeverfahren ist somit einzuleiten. Wie der Landkreis bereits dargelegt hat, kann der VA hierüber im Rahmen seiner "Lückenkompetenz" entscheiden, aber auch ein Beschluss des Rates über den Weg eines Vorbehaltsbeschlusses ist denkbar.

Ratsherr Uecker macht deutlich, dass der Antrag wie gestellt von der Verwaltung bearbeitet werden müsse.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Prüfung der Ausschreibungspflicht zum Antrag. Die Ausschreibungspflicht sei gegeben und die Antwort des Landkreises liege vor. Sie verliest das Schreiben. Sie habe als Bürgermeisterin die Pflicht die Bevölkerung zu informieren. Sie macht nochmals deutlich, dass sie in der Angelegenheit eine Tendenzberatung befürchte. Auch sie habe die Auskunft über ein Treffen zwischen Stv. Bürgermeister Janssen, Herrn Dr. Otto und Herrn Kämper. Sie unterstreicht, dass sie alleine Vertragspartnerin sein werde und entsprechend hafte. Gerade in Bauangelegenheiten versichere sie sich sehr genau. Sie wolle sich keiner Tendenzberatung aussetzen. Die Kommunalaufsicht und das Land haben beide mitgeteilt, dass es keine Möglichkeit für Veräußerungen von Ferienwohnungen gebe. Beide Behörden seien maßgeblich für die Inselgemeinde zuständig. Sie bittet zu überlegen, ob weitere teure Rechtsgutachten nötig seien. Die Kosten würden alleine vom TSL übernommen und letztendlich eventuell keine Gelder mehr für Gehälter vorhanden seien.

Ratsherr Uecker verweist auf die desolaten Finanzen und in dem Zusammenhang auch auf die Personalie Herr Schlemann.

Bürgermeisterin Horn stoppt Herrn Uecker und verweist deutlich auf den Datenschutz. Sie bittet Ratsvorsitzenden Adelmund um sein Eingreifen. Dieser bittet Ratsherrn Uecker darum keine Namen zu nennen.

Ratsherr Uecker äußert, dass in der vorliegenden Angelegenheit eine rechtliche und wirtschaftliche Beratung benötigt werde um zu klären, was die Gemeinde könne und was nicht. Wenn die Gemeinde selber Veräußerungen tätigen könne, würde die Gemeinde auch selber Geld verdienen ansonsten nur der Investor. Er bittet dringend den Antrag der Ratsmehrheit zu bedienen.

Ratsherr Voß fragt, warum eine Firma mit Ursprung aus den USA und über 10.000 Mitarbeitern gewählt wurde.

Ratsherr Uecker verweist auf die der Verwaltung vorgelegten drei alternativen Kanzleien.

Stv. Bürgermeister Janssen stellt richtig, dass er zum Antrag auf Bitte der Bürgermeisterin ergänzend drei weitere Rechtsanwaltskanzleien eingereicht habe. Ferner erklärt er, dass er sich noch nie mit Herrn Otto und Herrn Kämper getroffen habe.

Bürgermeisterin Horn erklärt, dass der Antrag zur Beauftragung der EY Real Estate und EY Law laute. Das heiße aber nicht, dass die Verwaltung bei einer Ausschreibung nicht auch andere Firmen anschreiben könne.

Allgemeiner Vertreter Heimes bestätigt die Vorlage der Kanzleiadressen. Es müsse in der Vorlage bzw. für die Ausschreibung aber deutlich geklärt werden, was geprüft werden soll. Man müsse sich auf die Varianten einigen und konkretisieren, erst dann könne eine Prüfung erfolgen.

Kämmerin Baller ergänzt die Ausführung, dass die aufkommenden Kosten eingegrenzt werden müssen. Es müsse auf jeden Cent geachtet werden.

Ratsherr Kuper äußert, dass er und Ratsherr Voß sich seinerzeit für die Weiterführung des Interessenbekundungsverfahrens ausgesprochen haben. Er würde jetzt dem Antrag der Mehrheitsgruppe folgen, damit ein Weiterkommen möglich werde.

Bürgermeisterin Horn macht erneut deutlich, dass die Verwaltung nicht wisse, was für die Prüfung in Auftrag gegeben werden soll. Der Antrag müsse formuliert werden. Es liege keine durchgeprüfte Variante vom Rat vor. Für den KWC-Anbau sei durch die Firma Altenburg eine Studie erstellt worden. Es stelle sich die Frage, ob die Variante mit dem Verkauf trotzdem mit rein soll. Man gebe dann möglicherweise ca. € 400.000,00 Planungskosten aus und nachher werde das neue KWC verkauft. Die Frage sei, welche Varianten für den Rat noch in Frage kommen.

Ratsherr Uecker erklärt, dass der Rat genau diese Unterstützung wolle. Wenn der Rat wisse, welche Firma die Prüfung vornehme, werde der Rat sich auf eine Variante einigen.

Auf die Frage von Bürgermeisterin Horn, ob es von der Firma abhängig sei, welche Variante der Rat wähle, antwortet Ratsherr Uecker, dass die rechtliche Prüfung ausschlaggebend sei.

Ratsherr Piekarski fragt, warum die Bürgermeisterin nicht einfach Details vorgebe, worauf zu achten sei um dann die Varianten zu klären. Es sei doch klar, dass das KWC nicht mehr verkauft werde, ansonsten seien die Kosten für die Firma Altenburg unnötig gewesen.

Bürgermeisterin Horn legt dar, dass seitens der Verwaltung mehrfach Unterstützung angeboten wurde, schriftlich und mündlich, daher sei die ausführliche Vorlage erstellt worden. Es fehle seitens der Mehrheitsgruppe die Aussage zu ihrer Variante zur Umwegrentabilität. Erst danach könne eine Expertise eingeholt werden.

Auf die Frage von Ratsherrn Piekarski, was die favorisierte Variante der Verwaltung sei, verweist Bürgermeisterin Horn auf die Vorlage. Der Insel fehle zur Belegung der Vor- und Nachsaison ein kleines Tagungshotel mit etwa 140 Betten, das auch den Veranstaltungssaal beispiele. Auf den Dachflächen des Kur- und Wellnesscenters könnten Wohnungen entstehen, aber kein Verkauf durch die Kommune erfolgen.

Bürgermeisterin Horn berichtet über ein Schreiben des Landkreis Wittmund an das Ministerium bezüglich der Zielvereinbarung der Gemeinde Langeoog. Man gehe davon aus, dass die Inselgemeinde Langeoog in diesem Jahr keine ernsthafte Variante mehr vorlegen werde.

Ratsherr Piekarski äußert, dass die Variante A und die Variante der Verwaltung geprüft werden sollten und am Ende eine Bürgerbefragung erfolgen sollte.

Ratsherr Voß bestätigt, dass in keiner Weise die Finanzen angesprochen werden. Die Mehrheit des Rates habe den Verkauf abgelehnt und gleichzeitig das neue KWC gebaut. Man komme jetzt in die gleiche Situation. Von den Verkäufen könne sich die Gemeinde nicht sanieren. Die Gelder blieben beim Investor.

Stv. Bürgermeister Janssen sieht die Diskussion als bezeichnend. Er habe in der letzten Ratsitzung einen Text vorgelesen, damit Rat und Verwaltung an einen Tisch kommen um geschlossen mit einem Vorschlag an die Bevölkerung gehen und im Bürgerdialog entscheiden zu können. Seiner Meinung nach werden hier Fronten aufgebaut. Man wolle die Veräußerungen entwickeln. Man müsse wieder in einen Dialog kommen.

Bürgermeisterin Horn wendet ein, dass man aus diesem Grund hier sitze. In mehreren nicht-öffentlichen Sitzungen habe man die Varianten besprochen. In der Bürgerversammlung sei davon keine Rede mehr gewesen und eine neue Variante vorgestellt worden. Diese sei nie wieder mit der Verwaltung besprochen worden. Die Öffentlichkeit sei vorgegeben, zudem sei gerade der Entscheidungsprozess für die Bevölkerung interessant. Wenn der Datenschutz betroffen sei, würden nichtöffentliche Beratungen erfolgen, ansonsten müsse alles öffentlich beraten werden.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass in der Bürgerversammlung von Bürgermeisterin Horn nach weiteren Vorschlägen gefragt wurde und dies Auslöser für den Vorschlag der Mehrheitsgruppe gewesen sei. Vorschläge der Bevölkerung seien eingeflossen. Die Variante solle jetzt rechtlich bewertet werden und in den Bürgerdialog einfließen.

Ratsherr Uecker erklärt, dass es nicht der Transparenz widerspreche, wenn Rat und Verwaltung sich nichtöffentlich zusammensetzen. Die Abstimmung dazu müsse öffentlich erfolgen. Der erste Schritt sei den Antrag zu bearbeiten. Es mache wenig Sinn Varianten zu nennen. Der Rat erwarte, dass der Antrag von der Verwaltung bearbeitet werde.

Allgemeiner Vertreter Heimes schlägt vor alle Varianten noch einmal vorzustellen. Im Ausschlussverfahren könnten die Varianten eingegrenzt werden.

Ratsherr Uecker bittet die Variante der Mehrheitsgruppe mit zu prüfen.

Bürgermeisterin Horn wendet ein, dass für den Antrag des Rates die Determinanten fehlen. Es müsse beachtet werden, was für Langeoog touristisch gewollt sei. Langeoog müsse für die nächsten 30 Jahre zukunftsfähig gemacht werden. Die touristische Entwicklung für Langeoog müsse geklärt werden. Der Antrag der Mehrheitsgruppe könne in der vorgelegten Form nicht weitergegeben werden. Sowohl für die rechtliche als auch die wirtschaftliche Bewertung fehle die Konkretisierung und Spezifikation.

Ratsherr Uecker stimmt zu, dass die Entwicklung Langeoogs festgelegt werden müsse. Dies sei aus seiner Sicht aber der zweite Schritt. Der erste Schritt sei der Antrag der Mehrheitsgruppe. Der Antrag könne präzisiert werden. Die Vorgaben wären vorgestellt worden. In der Zwischenzeit könne man auch über die Varianten reden. Es müsse ein Schritt nach dem anderen gegangen werden. Der Rat wolle, dass so wie verlesen weiter verfahren wird.

Der Landkreis habe auch den Antrag nicht als grundsätzlich falsch bewertet. Dieser solle im Verwaltungsausschuss oder über einen Vorbehaltsbeschluss im Rat behandelt werden.

Ratsherr Voß weist auf den Verkauf des Spielhauses hin. Danach sollte der Haushalt des Tourismus-Service ausgeglichen sein. Der Tourismus-Service müsse auf den Stand gebracht werden, keine Defizite mehr zu erwirtschaften. Man müsse sich von den Gebäuden trennen, die Geld kosten.

Bürgermeisterin Horn verweist auf den Vorschlag des Allgemeinen Vertreters zu den Varianten eine Auswahl zu treffen und dann in die Detailbeschreibung zu gehen. Danach könnten Angebote eingeholt und der Auftrag vergeben werden.

Ratsherr Piekarski bringt vor, dass die Varianten 6, 5 und 2 passé seien. Somit blieben zwei Varianten übrig.

19.03 Uhr: Es erfolgt eine Sitzungsunterbrechung.

19.17 Uhr: Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Ratssitzung erneut.

Stv. Bürgermeister Janssen bringt vor, dass bezüglich des Antrages die Frage zu klären sei, ob die Verwaltung selber Wohnungen veräußern dürfe. Der Antrag solle so modifiziert werden, dass die rechtliche Frage geklärt werden solle um ein bestmögliches wirtschaftliches Ergebnis beim Verkauf erzielen zu können. Danach könne der Vorschlag des Rates mit Zahlen unterlegt werden.

Bürgermeisterin Horn macht erneut deutlich, dass die Verwaltung diese Frage durch die Kommunalaufsicht und das Land Niedersachsen habe klären lassen. Es sei der Kommune verboten selbst zu bauen und zu veräußern. Das von Stv. Bürgermeister Janssen genannte Beispiel in Wilhelmshaven beziehe sich auf kommunale Liegenschaften. Man müsse also von der Annahme ausgehen, dass der Rat eine andere Auskunft dazu habe. Die Antragsänderung nutze nichts. Sie werde sich nochmals an das Land Niedersachsen wenden.

Ratsherr Uecker erklärt, dass die rechtliche Beratung zur Entwicklung des Kurviertels immer noch das Ziel sei. Laut Landkreis werde ein rechtlicher Rahmen benötigt. Die letzte Beurteilung liege sechs Jahre zurück. Die Gesetze würden sich ändern. Die Verwaltung sei überlastet, deswegen werde eine rechtliche Beratung durch eine Firma, die gemeinsam ausgewählt werden könne, benötigt.

Ratsherr Voß stellt den Antrag auf sofortige Abstimmung, ob der Rechtsanwalt genommen werde und den Antrag auf rechtliche Beratung zu ändern, damit es weitergehe.

Ratsherr Uecker erklärt, dass der Antrag vorliege und darauf geändert werden solle, dass die wirtschaftliche Beratung rausgenommen wird.

Der Rat beschließt mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung über den veränderten Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen. Es bleibe derselbe Antrag wie vorher, aber ohne wirtschaftliche Prüfung.

Ratsherr Adelmund bittet die Varianten vorzustellen.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt die Frage, wofür die Vorstellung noch erforderlich sei.

Bürgermeisterin Horn macht deutlich, dass für die Kommune bezüglich der Zielvereinbarung mit dem Land jede Woche zähle. Die Verwaltung habe ihre Haltung dargelegt. Man wisse nicht, was geprüft werden solle. Mit der Festlegung der Varianten wäre man weiter.

Ratsherr Voß stellt richtig, dass er den Antrag gestellt habe die Debatte zu beenden.

Stv. Bürgermeister Janssen legt dar, dass rechtlich geklärt werden solle, ob ein Abverkauf von Wohnungen, wie er in der Variante des Rates enthalten sei, erlaubt sei. Danach könne der Vorschlag mit allen Zahlen vorgelegt werden. Erst wenn die Variante rechtlich so umsetzbar sei, könne sie mit in die Bewertung.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, dass er bei der Abstimmung davon ausgegangen sei, dass über den Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen abgestimmt worden sei.

Ratsherr Piekarski erklärt, dass über den Antrag abgestimmt wurde und die Details der Verwaltung nachgereicht werden.

Ratsherr Uecker erklärt, dass Ratsherr Voß einen weitergehenden Antrag gestellt habe und noch über den Antrag von Stv. Bürgermeister Janssen abgestimmt werden müsse.

Dem Antrag von Ratsherrn Voß auf sofortige Abstimmung wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zugestimmt.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen, der Rat der Inselgemeinde Langeoog beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich das eine Ausschreibung erfolgen müsse, zur rechtlichen Bewertung der vorgestellten Varianten für die Neugestaltung des KWC/HDI, innerhalb der nächsten 2 Wochen, die EY Real Estate GmbH sowie die EY Law Rechtsanwaltsgesellschaft zu beauftragen und das Bewertungsergebnis dem Rat zur Verhandlung und weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Stv. Bürgermeister Janssen erklärt, dass die betriebswirtschaftliche Bewertung aus dem Antrag genommen wurde. Es werde jetzt geklärt, ob seitens der Kommune eine Veräußerung von Wohnungen vorgenommen werden dürfe. Danach werde die Variante des Rates mit Zahlen der Bevölkerung vorgestellt. Es soll nur diese Variante geprüft werden. Alle anderen Varianten seien geprüft.

Bürgermeisterin Horn verliest die Antwort der Kommunalaufsicht. Aus Sicht der Verwaltung sei die Frage geklärt.

Ratsherr Uecker erklärt, Ziel der rechtlichen Beratung sei den rechtlichen Handlungsrahmen für alle weiteren Handlungen für die Entwicklung des Kurviertels festzulegen.

Stv. Bürgermeister Janssen verliest eine ihm vorliegende Mitteilung, wonach die Vermarktung von Dachflächen möglich ist. Inwieweit Teilverkäufe möglich seien, müsse geprüft werden.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass diese Aussagen genau die seien, worauf man seit Wochen seitens des Rates warte, wenn dies rechtsverbindlich sei.

Kämmerin Baller erklärt, dass hier kein Widerspruch vorliege. Nicht betriebsnotwendiges Vermögen sei einzusetzen. So stehe es auch im Entschuldungsvertrag. Allerdings dürfe dieses Vermögen nicht vorher selbst erweitert werden, um es dann zu verkaufen, sprich die Dachflächen mit Ferienwohnungen zu bebauen. So läge es auch schriftlich von der Kommunalaufsicht vor.

Ratsherr Uecker stellt den Antrag nach der Geschäftsordnung die Diskussion zu beenden. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Zu Punkt 11: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

- a. Bürgermeisterin Horn berichtet, dass die Inselärzte und Bürgermeister sich allesamt für mobile Impfteams aussprechen. Derzeit fehle es aber an Impfstoff. Das Land Niedersachsen würde sich an die Reihenfolge der Impfprioritäten halten.

- b. Bürgermeisterin Horn berichtet über eine Telefonkonferenz mit dem Ministerium bezüglich der personellen Situation der Feuerwehr. Es gebe eine erfreuliche Entwicklung. In Niedersachsen würde insgesamt für die Feuerwehren ein anderer Ausgleich erwartet. Für Langeoog sei eine Unterstützung in 10-facher Höhe möglich.

- c. Bürgermeisterin Horn informiert über Informationsveranstaltungen mit der Bürgermeisterin und der Verwaltung. Es werden im Februar vier Termine stattfinden. Themen werden sein die Entwicklung des Kurviertels, die Milieuschutzsatzung als Möglichkeit die insulare Struktur zu erhalten und Fragen zu den touristischen Zielen der Insel. Die Teilnehmerzahl sei auf 20 Personen begrenzt.

Zu Punkt 12: Anträge und Anfragen

1. Ratsherr Piekarski verweist auf das Thema E-Säule. Die Insel Spiekeroog habe ein Car-Sharing System. Vor zwei Jahren sei eine E-Säule für Bensersiel mit Fördermitteln in Planung gewesen. Er fragt nach dem Sachstand.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass in 2017 Möglichkeiten für eine E-Säule geprüft wurden. Die Investition habe bei ca. € 29.000,00 gelegen. Hierzu käme die Miete für Parkplätze mit € 900,00 im Jahr. Die Themen E-Säule und Car-Sharing müssten getrennt gesehen werden. Derzeit werde man das Thema nicht weiterverfolgen. Es handle sich um Ausgaben für den Tourismus-Service. Gelder seien keine vorhanden.

2. Ratsherr Uecker fragt nach dem Sachstand zur Programmierung der Firma MDSI sowie die Höhe der Kosten.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass nach Auskunft der IT-Abteilung im Juni die Onlinebuchung vollumfänglich vorliegen soll. Die Kostenaufstellung könne sie ihm u. U. am nächsten Tag zustellen.

3. Ratsherr Sommer erkundigt sich nach dem Sachstand zu den Brücken.

Bürgermeisterin Horn berichtet, dass die See-Ingenieure mit dem Büro Inros Lackner im Austausch seien. Das Konzept müsse zunächst abgestimmt werden.

4. Ratsherr Piekarski fragt, ob die Gebühren für die Kindertagesstätte zum Lockdown erlassen oder gestundet werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass ausschließlich Krippengebühren erhoben werden. Derzeit seien Kindertagesstätten gemäß Corona-Verordnung geschlossen.

Es werde lediglich eine Notbetreuung unter bestimmten Voraussetzungen angeboten. Hier werde nur die tatsächlich gebuchte Zeit der Notbetreuung berechnet. Hierzu gebe es einen VA-Beschluss.

5. Ratsherr Piekarski verliest in Bezug auf die Vorlage VO21-025 einen Antrag zur Auflistung der entstandenen Beraterkosten seit 2010, in Bezug auf das IBV und dem Thema KWC/HDI. Die Auflistung soll mit den jeweiligen Vorlagen und den Auszügen aus den Ratsprotokollen unterlegt werden. Er überreicht den Antrag an Bürgermeisterin Horn. Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt.
6. Ratsherr Uecker erkundigt sich nach dem Sachstand zur Ausschreibung der touristischen Leitung.

Bürgermeisterin Horn antwortet, dass dem Rat der Sachstand am 24.01.2021 per E-Mail mitgeteilt wurde. Die Ausschreibung und das Verfahren würden extern begleitet. Die Ausschreibung sei auf der Homepage und in einem touristischen Fachblatt veröffentlicht.

Zu Punkt 13: Einwohnerfragestunde

Sven Klette

Herr Klette stellt Kämmerin Baller im Bezug auf die Präsentation der freiwilligen Aufgaben die Frage nach dem Gesamtaufwand für die Gemeinde.

Kämmerin Baller teilt mit, dass die freiwilligen Ausgaben in 2019 bei etwa € 276.000,00 lagen.

Addi Fischer

Frau Fischer möchte wissen, was den Berater Dr. Otto so sehr auszeichne, dass nicht ausgeschrieben werde.

Ratsvorsitzender Adelmund erklärt, dass Herr Dr. Otto Rechtsanwalt sei. Der Rat habe in der heutigen Sitzung mehrfach geäußert, dass man nicht auf Dr. Otto festgelegt sei.

Christopher Zörner

Herr Zörner verweist auf seine in der Ratssitzung am 14.01.2021 gestellte Frage bezüglich der Einwohner. Außerdem fragt er, ob er den Beschluss zum Antrag richtig verstehe, dass eine rechtliche Bewertung erfolgen solle, ob auf dem Haus der Insel gebaut werden dürfe und mehrere Berater angefragt werden.

Ratsvorsitzender Adelmund bejaht die Frage.

Bezüglich der Anfrage zu auf der Insel geborene Einwohner erklärt Bürgermeisterin Horn, dass das System des Einwohnermeldeamtes nicht hergebe, wer wo geboren wurde, sondern nur die Anzahl der Geburten. Es handle sich um einen geringen Prozentsatz auf Langeoog geborener Menschen.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Mitteilung. Eine Verbindung zwischen Geburtsdaten und Zuzug sei im Meldeprogramm nicht vorgesehen. Die Liste könne erstellt werden, was aber einen hohen Aufwand bedeute und Kosten verursache. Außerdem sei es aus Sicht der Verwaltung nicht von Bedeutung, wann jemand nach Langeoog gekommen sei. Jeder, der auf der Insel leben und arbeiten wolle, sei willkommen.

Ratsherr Adelmund teilt mit, dass die letzte Geburt auf der Insel in 2019 gewesen sei.

Uwe Garrels

Herr Garrels erklärt, dass er in Bezug auf die Entwicklung des Kurviertels und der Ausschreibung der touristischen Leitung eine Sitzung des Tourismusausschusses zur Entwicklung Langeoogs für dringend geboten halte. Der touristische Leiter müsse Zielvorgaben haben.

Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass für den 20.04.2021 eine Sitzung des Tourismusausschusses vorgesehen sei.

Uwe Garrels

Herr Garrels verweist auf die Diskussionskultur der Sitzung. Er fragt den Ratsvorsitzenden Adelmund wie der Rat zu den Äußerungen von Ratsherrn Streitbürger zur Unterteilung der Bewohner stehe. In der letzten Ratssitzung habe Ratsherr Streitbürger keine Stellung bezogen. Er sehe Ratsvorsitzenden Adelmund bezüglich der Würde verpflichtet.

Ratsvorsitzender Adelmund sieht die Frage berechtigt. Die Angelegenheit sei im Rat besprochen worden. Die Äußerung von Ratsherrn Streitbürger werde nicht unterstützt. Ratsherr Streitbürger habe zur heutigen Sitzung eine Stellungnahme vorbereitet.

Ratsherr Streitbürger nimmt Stellung. Seine Aussagen in dem Leserbrief seien provokant und kritisch gewesen. Er habe die Milieuschutzsatzung in den Vordergrund stellen wollen. Er halte die Satzung für nicht richtig. Er entschuldigt sich offiziell bei allen, die sich angegriffen gefühlt haben sollten. Die Bezeichnung „Strandgut“ auch als Straftäter habe er nicht gekannt. Fazit sei für ihn jedoch, dass Langeoog eine große Gemeinschaft sei.

Ratsvorsitzender Adelmund entschuldigt sich für das teilweise Durcheinander in der Sitzung.

Zu Punkt 14: Schließung der Sitzung

Ende: 20.07 Uhr



Heike Horn
Bürgermeisterin



Katja Heimes
Protokollführerin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender

Ratsherr Ron Piekarski
Polderweg 5a
26465 Langeoog

An den Rat der Inselgemeinde Langeoog
z.Hd. Frau Bürgermeisterin Horn
Hauptstraße 28
26465 Langeoog

Langeoog, 26.01.2021

Antrag in Bezug auf die Vorlage 21-025

Begründung

Eine Übersicht der bisher entstandenen Beraterkosten ist eine sinnvolle Auflistung zur Bewertung. Viele dieser Beraterkosten sind mit dem Hintergrund entstanden Entscheidungen von Rat und Verwaltung rechtlich abzusichern.

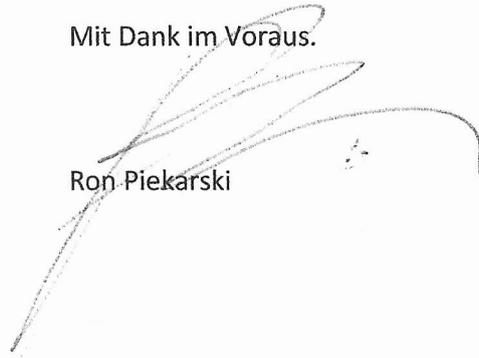
Da diese Vorlage als Vorwurf gegenüber dem Rat politisiert wird möchte ich folgenden Antrag formulieren.

Antrag Formell

Ich beantrage die Auflistung der entstandenen Beratungskosten seit 2010, in Bezug auf das IBV und dem Thema KWC / HDI. Diese Auflistung soll bitte mit den jeweiligen Vorlagen und den Auszügen aus den Ratsprotokollen unterlegt werden.

~~Ich bitte um die Bearbeitung und Wiedervorlage bis zur nächsten Ratssitzung.~~

Mit Dank im Voraus.



Ron Piekarski